



dbv

Deutscher
Bibliotheksverband e.V.

**Landesverband Berlin
im Deutschen Bibliotheksverband e. V.**

Vorsitzender: Alfred-Mario Molter
ammolter@ammolter.de

Geschäftsführender Vorsitzender: Stefan Rogge
c/o Bezirksamt Mitte von Berlin
Mathilde-Jacob-Platz 1, 10551 Berlin
Telefon: (030) 9018 33424
Telefax: (030) 9018 33426
stefan.rogge@ba-mitte.verwalt-berlin.de

**Landesgruppe Berlin
im Berufsverband Information Bibliothek e.V.**

Vorstandsvorsitzender: Frank Redies
c/o Staatsbibliothek zu Berlin
Potsdamer Str. 33, 10785 Berlin
Telefon: (030) 266 435 882
Telefax: (030) 266 335 801
E-Mail: frank.redies@sbb.spk-berlin.de

An die
Fraktionsvorsitzenden
der im Abgeordnetenhaus von Berlin
vertretenen Parteien

Berlin, den 28.02.2011

Sehr geehrte Damen und Herren,

am 18. September 2011 findet die Wahl zum Abgeordnetenhaus von Berlin statt. Vor der Wahl möchten wir den Bürgerinnen und Bürgern, unseren jährlich 12 Millionen Bibliotheksbesucherinnen und -besuchern, den in Bibliotheken Beschäftigten, den Förderern und Partnern der Bibliotheken sowie unseren im Deutschen Bibliotheksverband e.V. und im Berufsverband Information Bibliothek e.V. organisierten Mitgliedern eine Orientierung ermöglichen. Als Grundlage sollen Ihre Positionen, Konzepte und Zielvorstellungen zu verschiedenen Aspekten und Entwicklungen der Berliner Bibliotheken dienen, zu denen wir Ihnen fünf Wahlprüfsteine vorlegen. Deshalb bitten wir Sie, uns bis Ende März 2011 auf die genannten Themen zu antworten. Ihre Darstellungen werden wir in geeigneter Form der fachinternen wie auch der allgemeinen Öffentlichkeit zur Verfügung stellen.

„Lesen ist die Grundlage jeglicher Bildung“, äußerte sich Bundespräsident Christian Wulff am 27.10.2010 als Schirmherr des 52. Vorlesewettbewerbs des Deutschen Buchhandels. Diese Grundlage zu schaffen und sicherzustellen, ist Aufgabe auch und insbesondere von Bibliothek und Politik. „Die Bibliothek braucht Freunde und Unterstützer in der Politik, die verstehen, dass Kultur und Bildung in diesem Land ein Netz bilden – und dass sie selber dieses Netzwerk für die Umsetzung ihrer politischen Ziele brauchen.“ (Aus „21 gute Gründe für gute Bibliotheken“, hrsg. von der BID – Bibliothek & Information Deutschland, 2009).

Ihre Vorhaben zu diesen in den Wahlprüfsteinen formulierten Anforderungen erwarten wir bis spätestens zum 31. März 2011 an:

Deutscher Bibliotheksverband Berlin
c/o Stefan Rogge
Bezirksamt Mitte von Berlin / Fachbereich Bibliotheken
Mathilde-Jacob-Platz 1, 10551 Berlin
Telefon: (030) 9018 33424, Fax: (030) 9018 33426
E-Mail: stefan.rogge@ba-mitte.verwalt-berlin.de

Mit freundlichen Grüßen

Alfred-Mario Molter
Vorsitzender des Landesverbandes
Berlin im dbv

Frank Redies
Vorsitzender der Landesgruppe
Berlin im BIB





Wahlprüfsteine zur Abgeordnetenhauswahl 2011

herausgegeben vom
Landesverband Berlin im
Deutschen Bibliotheksverband e.V.
in Zusammenarbeit mit dem
Berufsverband Information Bibliothek e.V., Landesgruppe Berlin

Wahlprüfstein Nr. 1:

Rechtliche und finanzielle Absicherung der Berliner Bibliotheken

Zwei Drittel aller Länder der EU verfügen über Bibliotheksgesetze. Fast alle Gesetze wurden in den letzten Jahren aktualisiert, um sie an die Erfordernisse der Informationsgesellschaft anzupassen. Bibliotheksgesetze sind konkreter Ausdruck des politischen Willens eines Staates, Bibliotheken zu fördern.

In ihrem Abschlussbericht vom 11. Dezember 2007 empfiehlt die vom Deutschen Bundestag eingesetzte Enquetekommission „Kultur in Deutschland“ den Bundesländern: „... Aufgaben und Finanzierung der öffentlichen Bibliotheken in Bibliotheksgesetzen zu regeln.“ Der Bericht der Enquetekommission führt weiter aus: „Öffentliche Bibliotheken sollen keine freiwillige Aufgabe sein, sondern Pflichtaufgaben werden.“

Mehrere Bundesländer haben in den letzten Jahren Bibliotheksgesetze erlassen, so z.B. Thüringen (2.7.2008), Sachsen-Anhalt (27.7.2010) und Hessen (9.9.2010). In Berlin hat der dbv den im Abgeordnetenhaus vertretenen Fraktionen bereits im Juni 2009 einen Gesetzentwurf vorgelegt. Der Rat der Bürgermeister hat am 17. September 2009 den Senat aufgefordert, „einen Entwurf für ein Bibliotheksgesetz vorzulegen“. Bis heute hat das Abgeordnetenhaus kein entsprechendes Gesetz verabschiedet.

Fragen:

- a) Stimmen Sie den Forderungen der Enquetekommission zu und wollen Sie die durch die Öffentlichen Bibliotheken erbrachten Basisleistungen zur Pflichtaufgabe erklären?
- b) Wird Ihre Partei einen Antrag für ein Berliner Bibliotheksgesetz einbringen oder einem solchen Antrag zustimmen?
- c) Welche konkreten Leistungen und Standards sollte aus Ihrer Sicht ein solches Bibliotheksgesetz beinhalten?

Wahlprüfstein Nr. 2:

Wissenschaftsstandort Berlin

Wissenschaftliche Bibliotheken bieten die Grundlagen für Lehre, Studium und exzellente Forschung. Information und Wissen gewinnen als Wettbewerbsfaktoren für Unternehmen und Volkswirtschaften sowie als ganz persönliche Zukunftsressource jedes Menschen ständig an Bedeutung. Der Deutsche Bibliotheksverband e.V. (dbv) und der Berufsverband Information Bibliothek e.V. (BIB) unterstützen ausdrücklich die von Bund und Ländern angestoßenen Initiativen zur Verbesserung der Situation an den Hochschulen. Wenn die

Grundlagen erfolgreicher Forschung und Lehre in der Breite nicht gewährleistet sind, wird Berlin sich in der Spitzenforschung nicht dauerhaft und nachhaltig behaupten können.

Die stagnierenden Etats der Berliner Hochschulbibliotheken in Verbindung mit permanenten Preiserhöhungen für Bücher und vor allem Zeitschriften und Datenbanken gefährden die geforderte Medienversorgung. Dieser Entwicklung können die Bibliotheken ihrerseits nur durch Abbestellungen entgegenzutreten, was eine weitere Beeinträchtigung der Medienversorgung ihrer Hochschule bedeutet. Hinzu kommt, dass der 2. und der geplante 3. Korb zur Änderung des Urhebergesetzes die Arbeit von Bibliotheken erschweren, indem die Verbreitung von Wissen und Informationen eingeschränkt wird und mit finanziellen Zahlungen verbunden ist.

In 2012 werden 6.000 zusätzliche Studierende durch die verkürzte Schuldauer und die Aussetzung des Wehrdienstes in die Berliner Hochschulen drängen. Dies stellt auch für die Literatur- und Informationsversorgung durch die Hochschulbibliotheken eine enorme Herausforderung dar, denn Medienbestände und Räumlichkeiten wachsen nicht automatisch mit.

Fragen:

- a) Welche Maßnahmen wird Ihre Partei ergreifen, um im Rahmen der bestehenden Hochschulrahmenverträge die Hochschulen in die Lage zu versetzen, die durch die steigende Zahl der Studierenden wachsenden Anforderungen an Räume und Medien bedarfsgerecht erfüllen zu können?
- b) Wird Ihre Partei sich aktiv auf Bundesebene für den Erhalt des ermäßigten Mehrwertsteuersatzes für Druckwerke einsetzen und werden Sie Initiativen ergreifen, diesen auch auf digitale Publikationen auszudehnen?
- c) Wird Ihre Partei sich im Zusammenhang mit der aktuellen Urheberrechtsgesetzgebung für eine unkomplizierte und bezahlbare Verbreitung von Informationen und Wissen durch Bibliotheken einsetzen?

Wahlprüfstein Nr. 3

Zusammenarbeit von Schulen und Öffentlichen Bibliotheken

Am 24. Oktober 2008 wurde zwischen der Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung und dem Landesverband Berlin des Deutschen Bibliotheksverbandes e.V. eine Rahmenvereinbarung über eine systematische und umfassende Zusammenarbeit der Bildungspartner (Bibliotheken, Schulen und Kindertageseinrichtungen) bei der Vermittlung und Förderung von Lese-, Sprach-, Informations- und Medienkompetenz durch den Ausbau von Kooperationen und Vernetzungen auch auf lokaler Ebene abgeschlossen. In diesem Rahmen konnten grundlegende Standards für z.B. Bibliothekseinführungen für Schulklassen definiert werden. Jedoch stößt die Anwendung dieser Maßnahmen in fast allen Bezirken Berlins deutlich an Grenzen, da die bezirklichen Stadtbibliotheken sowie die Bibliotheken in den Schulen personell, sächlich und finanziell völlig unzureichend ausgestattet sind.

In der im Dezember 2008 veröffentlichten Internationalen Grundschul-Lese-Untersuchung (IGLU) steht Berlin im Ranking aller Bundesländer auf dem 14. Platz und gehört damit zu den Schlusslichtern. Besser ausgestattete Bibliotheken und entsprechende landesweite Förderprogramme könnten einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung dieser Ergebnisse für Berlin leisten.

Fragen:

- a) Welche Anstrengungen unternimmt Ihre Partei, um die Möglichkeiten eines vernetzten Arbeitens von Schule und Bibliothek zur Verbesserung der IGLU-Ergebnisse flächendeckend und verbindlich zu nutzen?
- b) Setzen Sie sich für eine Landesförderung gemeinsamer Projekte der Bildungspartner Schule und Bibliothek auf kommunaler Ebene ein? Wie soll diese realisiert werden?

Wahlprüfstein Nr. 4

Struktur der Öffentlichen Bibliotheken

Öffentliche Bibliotheken dürfen in der Bildungsplanung auf Landesebene nicht länger ausgeklammert werden, nur weil sie in den Kompetenzbereich der Bezirke fallen. Der vom dbv Berlin eingebrachte Bibliotheksgesetzentwurf sieht zur Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung der Angebote und Leistungen der Berliner Öffentlichen Bibliotheken den Aufbau einer zentralen Entwicklungs- und Serviceagentur vor. Zugleich fordert er einen Bibliotheksentwicklungsplan, der in einem fünfjährigen Turnus zu aktualisieren ist. Diese Instrumente zielen darauf ab, die Öffentlichen Bibliotheken zu lebendigen Bildungs-, Kommunikations- und Kulturzentren weiterzuentwickeln und sie dauerhaft mit den dafür notwendigen Ressourcen auszustatten.

Eine besondere Rolle kommt der Zentral- und Landesbibliothek (ZLB) als Leitbibliothek für die Berliner Öffentlichen Bibliotheken zu. Um als treibende Kraft Innovationen anstoßen und berlinweit Bibliotheksentwicklungen koordinieren zu können, benötigt sie verbindliche Aussagen zu ihrer eigenen Entwicklung. Der dbv fordert, der ZLB endlich den seit Jahren geplanten Neubau zu geben, damit sie ihre Bestände und Informationsdienstleistungen zentral an einem Standort anbieten und ihre Organisationsabläufe optimieren kann.

Fragen:

- a) Sieht Ihre Partei die Notwendigkeit, die bibliotheksbezogenen Landes- und Bezirksaufgaben besser zu vernetzen? Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, hierfür eine verbindliche Regelung zu schaffen und wie sollte diese aussehen?
- b) Stimmen Sie der Schaffung einer zentralen Entwicklungs- und Serviceagentur für die Öffentlichen Bibliotheken Berlins zu? Welche Struktur und Rechtskonstruktion sehen Sie für diese Agentur vor?
- c) Unterstützt Ihre Partei einen Neubau der ZLB? Welche finanziellen Vorkehrungen würde Ihre Partei dafür treffen?